



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Fortschrittlicher Wahlschwandel.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zahl von Landschaften. Das technische Können der französischen Maler erprobt sich da in der Darstellung der Lichtreflexe auf den Wasserflächen. Auf ein weiteres lassen sie sich nicht ein. Elementarereignisse von dramatischem Reize zu schildern, wie es z. B. Andreas Achenbach zu thun liebt, scheint ihrer mehr contemplativen Natur fern zu liegen. Sie beschränken sich darauf, die äußere, glitzernde Oberfläche der Dinge zu zeigen. Tiefer im Buche der Natur zu lesen, ist ihnen versagt. Die eigentliche Seele der Natur, welche uns die deutschen Landschaftsmaler mit so tiefem Verständniß erschlossen haben, gleicht für sie dem verschleierte Bilde zu Saiz.



Fortschrittlicher Wahlschwandel.



och ein paar Monate, und die Neuwahlen für den Reichstag werden die Parteien an die Wahlurnen rufen. Kluge Leute sorgen bei Zeiten, daß sie für diese Gelegenheit, etwas zu werden, gut empfohlen sind, und die Fortschrittspartei bekundete solche Klugheit bisher immer in besonderm Maße. Sie thut es auch jetzt, indem sie sich in ihren Zeitungen sowie in eignen Flugblättern dem Publicum bestens anpreißen läßt. Wir bestreiten ihr das Recht dazu nicht, nur hätten wir gewünscht, daß die Verfasser jener Reclamen und deren Auftraggeber es dabei mit der Wahrheit genauer genommen hätten, als thatächlich geschehen ist. Wir hätten das schon deshalb gewünscht, weil zwar leider viele, aber keineswegs alle Leute ein so schwaches Gedächtniß haben, wie man hier offenbar vorausgesetzt hat.

Es bleibe andern überlassen, den ausführlichen Beweis zu führen, daß, wenn die Herren vom Fortschritt, in dem Bewußtsein, daß das deutsche und namentlich das preußische Volk in seiner großen Majorität streng monarchisch gesinnt ist, sich ihrer königstreuen Denkart rühmen, ein Blick auf ihre Vergangenheit dies nicht bestätigt. Wir begnügen uns hier, zu bemerken, daß die Geschichte der Partei vielmehr zeigt, wie dieselbe von ihren Anfängen an ohne Unterbrechung rein demokratische Ziele im Auge gehabt hat, wie diese Geschichte zu allen Zeiten und nach allen Richtungen hin eine Kette von Bestrebungen gewesen ist, das Königthum zu beschränken und zu schwächen und an die Stelle der verfassungsmäßigen Monarchie den Parlamentarismus zu setzen, und wie sich selbst für die Annahme Thatfachen anführen lassen, der Partei oder mindestens einem Theile derselben schwebte als letztes und höchstes Ideal eine republicanische Staatsform vor. Im Programm derselben ist davon freilich nichts zu lesen, aber „an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

Beispiele und Anzeichen stehen für diese Behauptung reichlich zu Diensten. Wir beschäftigen uns indeß für heute damit nicht. Was im folgenden widerlegt werden soll, ist eine andre Unwahrheit jener Wahlepisteln, die nämlich, daß die Fortschrittspartei sich auch um die nationale Entwicklung erhebliche Verdienste erworben habe, und daß das heutige Preußen und das deutsche Reich zum guten Theile das Werk ihrer Hände sei. Wäre manchen ihrer Aeußerungen zu glauben, so würde sie ungefähr alles geschaffen haben, dessen wir uns gegenwärtig auf staatlichem Gebiete erfreuen, so würden wir ihr vor allem die deutsche Einheit gut schreiben müssen. Wer das behauptet, muß eine ungewöhnlich dreiste Stirn, und wer sich das aufbinden läßt, muß ein Gedächtniß wie ein Sieb haben. Das reine Gegentheil tritt uns aus der Vergangenheit wie aus der Gegenwart der Partei unwiderlegbar entgegen. Die Fortschrittspartei hat in der deutschen Frage immer statt klarer Gedanken nur nebelhafte Phrasen gehabt, immer ihre Parteidoctrin höher gestellt als das nächste Interesse der Nation, nach außen hin wohl geordnet und genügend gerüstet, groß und frei zu sein, sie hat immer mehr oder minder an der Krankheit laborirt, sich für fremde Nationalitäten und deren Bestrebungen zu begeistern, auch wo dieselben nur auf Kosten des eignen Vaterlandes befriedigt werden konnten. In Betreff der deutschen Idee war sie wie die falsche Mutter beim Urtheile Salomos, die lieber wollte, daß das Kind zu Grunde gehe, als daß damit anders als nach ihrem Willen geschehe. Mit der deutschen Einheit hatte es ihr Zeit, die war leicht zu haben und mußte von selber kommen; das Budgetrecht des preussischen Abgeordnetenhauses war die große Frage, das war vor allem zu retten, das Recht, jedes Jahr die Existenz der preussischen Armee zu bedrohen, auf deren Stärke die Möglichkeit einer Verwirklichung jener Einheit allein beruhte.

Die Fortschrittspartei und die, aus deren Mitte sie entstand, haben die nationale Idee nicht nur niemals gefördert, sondern sie, andern zutrebend, mit allen Kräften und Mitteln auf ihrem Wege aufgehalten, weil sie sich nicht in ihrem Sinne gestalten wollte. „Sie wollten sie, wie es nicht ging.“ Das war schon 1848 und im nächsten Jahre so, wo die liberale Partei mit ihren übertriebenen Ansprüchen die anfänglich nicht ungünstige Stellung Preußens soweit verderben half — wir sagen half, denn auch andre wirkten mit — daß daraus die klägliche Manteuffelei wurde, Olmütz und 1856 „das Canossa in Paris, wo unser Bevollmächtigter stundenlang im Vorzimmer warten mußte, ehe er dabei sein durfte und wo Preußen überhaupt nicht mehr mitgerechnet wurde.“ Das fand ferner unter den Ministern der neuen Aera statt, wo die Liberalen eine so vortheilhafte Position inne hatten, wie nie zuvor, dieselbe aber, immer den Blick auf ihre Doctrin gerichtet, immer von dieser verblindet, durch unfruchtbare Rechthaberei verschärzten, indem sie durch hartnäckige Opposition gegen die königliche Armeeorganisation veranlaßten, daß das Ministerium Bismarck aus Ruder gelangte. Hier könnte man nach dem, was sich daraus entwickelte, allerdings

sagen, sie hätten sich um den Einheitsgedanken verdient gemacht; denn die, welche unmittelbar vor Bismarck den König beriethen, hätten schwerlich etwas von Bedeutung vollbracht; da die Liberalen den Ministerwechsel aber wider Willen herbeiführten, so können wir ihnen jenes Lob nicht oder nur ironisch ertheilen. Es war dieselbe unbewußt gutes wirkende Blindheit, die später von der Vorsehung über den Herzog von Augustenburg und den letzten Welfenkönig zur Förderung der nationalen Idee verhängt wurde.

Jene Opposition wurde unter Bismarck fortgesetzt, hartnäckiger, verbissener, giftiger als vorher, zuletzt mit einem Wahnsinn, der an Landesverrath streifte und die böseartigsten Gedanken, Absichten und Hoffnungen reifen ließ. Am liebsten hätte man statt eines starken Kriegsheeres eine bloße Miliz gehabt, während man doch große Pläne gegen Oesterreich und den Bundestag im Schilde führte, oder vielmehr große Velleitäten ohne Zähne, Wichtigkeiten ohne Blut und Knochen, ohne Schatten. „Vielleicht dachten sie die alte Welt mit dem Athem ihrer Volksversammlungen umzublasen wie die Juden die Mauern Jerichos mit ihren Trompeten — mit dem Athem der Knoblauchspresser, der die Luft verpestete, als sie die schweißigen Mützen in die Höhe warfen und Coriolan mit Geschrei verbannten.“*) Ihre Blindheit wuchs mit ihrem Grimm, so daß sie bis zur Katastrophe nicht sahen, um was es sich handelte, und daß sie bis zuletzt den ärgsten Feinden der nationalen Hoffnungen das Wort redeten und in die Hände arbeiteten. In allen Beziehungen bewegte sie lediglich das Bestreben, das Ministerium zu stürzen und, ihr unfehlbares System in der Tasche, an dessen Stelle zu gelangen. An Verbesserung der Stellung des preussischen Staates nach außen hin, an Deutschland haben sie niemals gedacht, d. h. manchmal mit Declamationen, nie ernstlich, nie als vernünftige Denker, und immer haben sie mit ihrem Verhalten die Zwecke der auswärtigen Gegner nach Kräften gefördert. Wie sie keine Armee oder nur eine von ihrem Belieben abhängige wollten, so wollten sie auch keine Flotte, sie wollten die demokratische Regierungsform, deren schöne Augen dann für Preußen in Deutschland das übrige thun sollten.

Blättern wir in alten Landtagsacten und stellen wir daraus eine Blumenlese von fortschrittlichen Behauptungen, Urtheilen und Weissagungen zusammen, so wird man erstaunen über den Berg von Absurditäten, der auf dem hier besprochenen Gebiete geleistet worden ist.

Im Januar 1863 ließ sich Herr v. Carlowitz vernehmen: „Ich bin der Meinung, daß, was dieses Ministerium auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch unternehmen möge, jede seiner Unternehmungen von vornherein mit Unfruchtbarkeit geschlagen sein wird.“ Mehrere Stimmen riefen dazu: „Sehr wahr!“ Dann prophezeite der Redner, nachdem er beklagt, daß bei einem nicht liberalen Regimente, wie das jetzige, an eine preussische Hegemonie in Deutschland nicht

*) Siehe die Worte des Menenius in Shakespeares Coriolan. IV. Act, 4. Scene.

zu denken sei: „So befürchte ich, es werde uns nichts übrig bleiben, als uns in einen Schmollwinkel zurückzuziehen und von diesem aus mißmuthig zuzusehen, wie das übrige Deutschland sich unter der Würzburger und Oesterreichs Führung neu constituirt und günstigen Falls uns eine Hinterthür offen läßt, durch die wir unter Bedingungen wieder eintreten könnten — eine Hinterthür, die freilich dem caudinischen Paffe so ähnlich sehen würde, wie ein Ei dem andern.“

Als bald darauf ein Vertrag mit Rußland bezüglich der Insurrection in Polen abgeschlossen wurde, der zu den Meisterzügen der Bismarckschen Politik zählte und später gute Früchte trug, nahm die Fortschrittspartei entschieden für die Polen Partei. Der Abgeordnete v. Sybel sprach von preußischer „Mitschuld an einer colossalen, von ganz Europa mit sittlicher Empörung betrachteten Menschenjagd.“ Der Abgeordnete Waldeck verglich pathetisch die Einziehung der preußischen Reserven zur Abwehr eines Herüberfluthens des Aufstandes über die preußische Grenze mit dem Verkauf der hessischen Landesinder an die in Nordamerika die Insurgenten bekämpfenden Engländer. Der Abgeordnete v. Arnuth deutete unter lebhaftem Beifall des Hauses an, wenn aus den Vorkehrungen, welche die Regierung zur Sicherung der Interessen Preußens an der polnischen Grenze getroffen, auswärtige Verwicklungen hervorgehen sollten, so werde man dem Könige die Mittel zur Landesverteidigung verweigern. Mit vollem Rechte fragte der Minister darauf: „Heißt das nicht dem Auslande zuzurufen: Kommt her, der Augenblick ist günstig?“

In der schleswig-holsteinischen Angelegenheit verhielt sich die Fortschrittspartei von Anfang bis zu Ende ebenso kurzsichtig und schwachsinzig überhaupt als unpatriotisch vom preußischen wie vom deutschen Standpunkte, von Anfang bis zu Ende nahm sie Partei für die Tendenz des Bundestags und der Mittelstaaten. Erst geberdete sie sich, als ob das pergamentne Recht der Augustenburger sacrosanct wäre, dann sollte das angebliche Recht der Schleswig-Holsteiner, ihre Zukunft selbst zu bestimmen, den Ausschlag geben. Die eigentliche Triebfeder der Opposition gegen die Pläne, die Bismarck hier verfolgte und deren Conception und Ausführung beiläufig einst zu den schönsten Blättern seines Ruhmesstranzes gehören werden, war der bittere Haß gegen den Staatsmann, der ihr nicht den Willen that — ein Haß, dem die Betrachtung, daß man in Transalpingien einen Staat schaffen wollte, welcher am Bundestage bei jeder Gelegenheit gegen das Interesse und Bestreben Preußens gestimmt haben würde, gewiß nicht entgegen konnte, aber leicht wog.

Als die Regierung sich anschickte, für die Herzogthümer Krieg zu führen, und zu dem Zwecke vom Landtage Geld verlangte, wurde ihr von der Fortschrittspartei zugerufen: „Diesem Ministerium keinen Groschen!“ Der Abgeordnete v. Sybel nannte das ministerielle Programm in Bezug auf Schleswig-Holstein die Ankündigung eines Selbstmordes. Der Abgeordnete Virchow wurde royalistisch und perorirte: „Mögen nun die deutschen Fürsten die Principien der Legitimität

opfern aus Gründen der Zweckmäßigkeit, meine Herren, die Rache des Volkes für diesen Verrath wird nicht fehlen.“ Dieselbe große Leuchte der Fortschrittspartei sprach die Besorgniß, nein, die Gewißheit aus, daß „Herr v. Bismarck die Herzogthümer schließlich an Rußland bringen, den Kieler Hafen in russische Hände geben und mitten in unser Land, da wo es am wenigsten vertheidigt sei, einen fremden Keil hineinschieben wolle.“

Am 22. Januar 1864 nahm das Abgeordnetenhaus, in welchem die Fortschrittspartei dominirte, eine von Schulze-Delitzsch vorgeschlagene Resolution an, in der es hieß: „In Erwägung, daß Preußen gemeinsam mit Oesterreich am Bunde erklärt, es werde sich dem Bundesbeschlusse vom 14. d. M. widersetzen, die schleswig-holsteinische Sache in die eigne Hand nehmen und die Besetzung Schlesiens als europäische Großmacht ausführen; in Erwägung, daß Preußen damit von Deutschland abfällt und seine Großmachtsstellung mißbraucht; in Erwägung, daß diese preußisch-österreichische Politik kein andres Ergebnis haben kann, als die Herzogthümer abermals Dänemark zu überliefern; in Erwägung, daß die angedrohte Vergewaltigung den wohlberechtigten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland herausfordert, erklärt das Haus der Abgeordneten, daß es mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dieser Politik entgentreten werde.“

Eine geradezu verrückte Ansprache des Sechsenddreißiger-Ausschusses der Abgeordnetenversammlung vom 12. December, in welcher die Fortschrittspartei eine Hauptrolle spielte, begann mit den Worten: „Zwei Mächte, die den Anspruch verwirklicht haben, die Großmächte Deutschlands zu heißen, sind in offener Widersetzung begriffen gegen das Recht des Bundes, der Bundesstaaten und der Nation,“ und behauptete weiterhin: „Mit Scham und Erbitterung sieht das deutsche Volk die Truppen Oesterreichs und Preußens vordringen.“ Am 28. März erließ derselbe Ausschuss als Grundlage für Beschlüsse der demokratischen Volksversammlungen nachstehende Resolutionen: „Die Herzogthümer Schleswig-Holstein haben das Recht, eng mit einander verbunden, von Dänemark vollständig getrennt unter ihrem eignen Fürsten zu leben. Jede Entscheidung, die wider den Willen des Volkes über sein Schicksal getroffen wird, ist null und nichtig, ist eine rechtlose Gewaltthat und zugleich ein Verrath an den Interessen und der Ehre Deutschlands. Der nächste Moment wird sie zerreißen und vernichten.“

Nach dem Gasteiner Vertrag stellte der Abgeordnete Virchow den Antrag, die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der Krone Preußen für rechtungiltig zu erklären. Als der Krieg mit Oesterreich vor der Thüre war, wollte die Fortschrittspartei „Preußen den Großmachtsfötel ausgetrieben sehen,“ und eine große Anzahl von ihr arrangirter Versammlungen erklärte sich gegen den Krieg als einen „Bruderkrieg“ oder als einen „nur dynastischen Zwecken dienenden Cabinetkrieg,“ welcher „einer civilisirten Nation unwürdig sei und alle Güter gefährde, welche wir in fünfzig Jahren des Friedens errungen.“

„Ja, hätten wir das gewußt!“ erklärte ein Theil der Partei nach siegreicher Beendigung des Krieges, und zeigte sich geneigt, sich mit der Regierung zu vertragen, zumal auch die Neuwahlen für letztere erheblich günstiger ausgefallen waren als frühere, und ein großer Theil der fortschrittlichen Abgeordneten nicht wieder in den Landtag zurückgekehrt war.

Der Rest der Partei blieb verstockt bei der alten Politik, der Sieg Preußens verdroß sie, sie hatten eine Niederlage gehofft, und nach wie vor war es diesen Intransigenten nicht sowohl um die Einheit und Macht Deutschlands als um Geltendmachung ihres Parteiprogramms zu thun, das ihnen sowohl in innern als in äußern Fragen das Gegentheil von dem zu befürworten gebot, was von der Regierung zur Befestigung und zum Ausbau des mit dem Ergebnis des Krieges erreichten vorgeschlagen wurde. Ihre Sympathien für die eine oder die andre auswärtige Macht und ebenso ihre Antipathien waren stets das Gegentheil von dem, was Bismarck in diesen Richtungen befundete, wobei es nie an heuchlerischen Versicherungen fehlte, daß sie damit nur das Wohl der Nation vor Augen hätten. Sie waren für Oesterreich gewesen, als der Minister gegen Oesterreich aufgetreten, sie waren jetzt gegen Oesterreich, als dieser sich ihm näherte. Sie thaten desgleichen in Bezug auf Rußland. Sie arbeiteten Frankreich in die Hände wie ihre Gesinnungsverwandten, die schwäbischen und Frankfurter Demokraten, die geradezu als französische Agenten anzusehen waren. Sie betonten, daß der äußere Friede des Reichs bedroht sei durch die Mißgunst der Mächte gegen die neue Gestalt Deutschlands, und doch mühten sie sich in der Militärfrage im Verein mit der Centrumspartei ab, die Widerstandskraft Deutschlands gegen Aeußerungen jener Mißgunst zu schwächen. In dem Kampfe mit Rom und bei der Feststellung der kirchenpolitischen Gesetze stand die Fortschrittspartei in mehrerer Beziehung den Ultramontanen bei. So namentlich bei der Verathung des Jesuitengesetzes, welches sie nicht als einen Act der Nothwehr gegen die staatsgefährlichen Einflüsse fremdländischer Oberen, sondern als Eingriff in die Freiheit des einzelnen und in das Recht der freien Vereinigung aller Preußen aufgefaßt wissen wollte. Aus ähnlichen Gründen war die Fortschrittspartei, die sonst gegen die Bestrebungen der Socialdemokraten aufgetreten war, bei der Debatte und Abstimmung über das Socialistengesetz insofern für diese reichsfeindliche Partei, als sie sich gegen die mit jenem Gesetze vorgeschlagenen Repressionsmaßregeln aussprach, und als der Kanzler dann als nothwendige Ergänzung dieser Vertheidigungsmittel zur Befriedigung und Gewinnung der arbeitenden Klassen das Unfallversicherungsgesetz in Vorschlag brachte und weitre Fürsorge für diesen Theil der Bevölkerung in Aussicht stellte, sah er sich von der fortschrittlichen Presse entschieden bekämpft; denn seine Gedanken waren ein Hinderniß für die Revolution, die hier für die Zukunft gehofft wird. Das erste und letzte Bedürfniß der Fortschrittspartei ist Unzufriedenheit und Unbehagen am Bestehenden. Diese Stimmung ist ihr Lebenselement und ihr Fahrwasser, und

ihrer Erhaltung opfert sie alles andre, dahin zielen alle ihre Schritte und Wege. So in der Frage der Zölle und Steuern, so in der Angelegenheit der Verstaatlichung der Eisenbahnen, deren Austrag beiläufig vortreffliche Resultate geliefert hat, und mit deren Lösung auch das Publicum alle Ursache hat, zufrieden zu sein, so, um andres unerwähnt zu lassen, in der Sache der Einbeziehung der Hansestädte in den Zollverband des Reiches, wo die Partei ganz entschieden particularistisch auftrat, wie sie denn überhaupt in den letzten Jahren dem Particularismus vielfach geschmeichelt und in dessen Lager Anhänger zu gewinnen versucht hat.

Mit einem Worte: in der ganzen Reichsgeschichte hat die Fortschrittspartei die Rolle des advocatus diaboli gespielt, statt, wie sie sich rühmt, die nationale Entwicklung gefördert zu haben, denselben Steine in den Weg zu legen und in die Speichen zu greifen versucht und dabei mit allerlei Schein und Unwahrheit hantiert. Nicht die Liebe zum Vaterlande, sondern der Haß gegen den Mann, der es gegen ihren Willen und ihr Programm groß gemacht, war ihr bei allem, was sie dachte und that, Leitstern. Aber wenn sie als advocatus diaboli sprach und handelte, so war „ihr Teufel nur ein Sprühteufel“, und auf die Dauer wird sie mit ihrer unwahren Art nicht lange mehr Geschäfte machen. „In Deutschland haben die Lügen kurze Beine, und für immer lassen sich die Deutschen den Kopf nicht mit Rabuliferei verdrehen.“

Die Fortschrittspartei hat bei den Wahlen der letzten beiden Jahrzehnte erhebliche Einbußen an Mandaten gehabt. Es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß sie bei den nächsten einige Siege gewinnt; denn sie ist rührig gewesen und schon seit geraumer Zeit mit der Wahlagitation vorgegangen, während die Mittelparteien sich wohl zu sehr als beati possidentes fühlten, denen es nicht fehlen könne. Die Fortschrittspartei wird in Berlin sicherlich ihre Candidaten wieder durchbringen, wenn auch vermuthlich gegen stärkere Minoritäten; denn nicht wenige haben sich von den letzten Reden des Kanzlers über den Klügel, der die Reichshauptstadt beherrscht und für seine Zwecke ausbeutet, die Augen öffnen lassen. Die Partei der Herren Richter, Löwe und Compagnie wird diesmal vielleicht auch in andern großen Städten Wahlsiege ersechten. Aber die Conservativen werden voraussichtlich ebenfalls solche Siege gewinnen, und so dürfen wir von dem zukünftigen Reichstage mindestens nichts schlimmeres erwarten, als die Zusammensetzung des letzten bot, und ein etwa nothwendig werdender anderer würde sicher besser werden. Denn darüber mögen sich die Wähler und die, welche sie als Vertreter abzusenden gedenken, keiner Täuschung hingeben: die Regierung wird es diesmal nicht ruhig mit ansehen, wenn ihre Pläne, wenn namentlich diejenigen ihrer Pläne, die man als Staatssocialismus bezeichnet hat, am Widerstreben der Opposition scheitern sollten. Sie wird dann auflösen und an die Nation appelliren. Dieser Staatssocialismus ist das „praktische Christenthum, Mitleid, hilfreiche Hand, wo noth ist. Der, welcher

am leichtesten Geld aufbringen kann, der Staat muß die Sache anfassen und durchführen. Nicht als Almosen, sondern als Folge eines Rechts auf Versorgung, wenn der gute Wille zur Arbeit nicht mehr kann. Wozu soll nur der, welcher im Kriegsdienst oder als Beamter erwerbsunfähig geworden ist, Pension haben, und nicht auch der Soldat der Arbeit? Die Sache wird sich durchdrücken. Sie hat, wenn irgend eine, ihre Zukunft,“ und wenn sie vollendet sein wird, wird man sie als einen der mächtigsten Schlußsteine bei der Aufrihtung des Baues, den der Kanzler aufgeführt hat, als eines der stärksten Mittel zur Consolidation dieses Baues und als einen der genialsten Gedanken rühmen, die dem Baumeister seine Umsicht und Voraussicht erfassen und verwirklichen ließ.



Literatur.

Gefammelte Novellen von Ludwig Steub. Stuttgart, Bonz & Comp., 1881.

Als wir vorm Jahre Steubs Buch „Aus Tyrol“ einer kurzen Besprechung unterzogen, mußten wir, durch ein Capitel des Werkes selbst veranlaßt, beklagen, daß der Verfasser bei weitem noch nicht nach Gebühr Anerkennung gefunden habe. Um so mehr haben wir uns über die kürzlich erschienenen gefammelten Novellen Steubs gefreut. Denn den verschiedensten Perioden seiner literarischen Thätigkeit angehörend, geben sie einen so vortheilhaften Begriff von seiner unleugbaren Fähigkeit auf novellistischem Gebiete, daß wir gerade dieses Buch allen denen, welchen Steub noch ein Fremder ist, auf wärmste empfehlen können. Wir sind überzeugt, daß der Autor durch seinen behaglichen Humor, durch die Wahrheit seiner Darstellung und durch seine jeden Flitter verschmähende Schreibweise alle gewinnen wird, deren Geschmack noch unverdorben ist. Den Preis unter den vorliegenden Novellen möchten wir den Dorfnovellen zuerkennen. „Der Trompeter in Es,“ „Die falsche Mutter Gottes,“ die prächtige „Rose der Sewi“ gehören zu dem besten, was wir in dieser Art haben. Wie hier die Menschen sprechen und handeln, genau so sprechen und handeln sie in der Wirklichkeit; da giebt es nichts von Sentimentalität und schönen Gedanken über Welt und Leben, in welchen sich die Moses Mendelssohn in der Pudelmütze, wie Auerbach sie vorführt, gefallen. Aber auch die andern Novellen, wie „Benno und Kriemhilde,“ „Der schwarze Gast,“ in welchen norddeutsches und süddeutsches Wesen in allerliebster Weise gegenübergestellt werden, „Heimon und Haura,“ „Das Seefräulein,“ „Die Zigeunerin,“ endlich die ältere humoristische Erzählung „Der Staatsdienstaaspirant“ zeigen Steub von seinen besten Seiten.

Wir wünschen dem Buche die weiteste Verbreitung.

Für die Redaction verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig.
Verlag von F. L. Herbig in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Neu dritz-Leipzig